

Während in Frankreich und Italien (seit 1859/61) und Deutschland (1866–1871) unter der Mitwirkung liberaler Ideen und Parteien nationale Staaten gegründet wurden, suchten das Papsttum und die katholische Kirche ihre Stellung in der modernen Welt neu zu bestimmen. 1864 hatte Papst Pius IX. (1846-1878) in einer Zusammenstellung (sog. Syllabus) 80 „Zeitirrtümer“ verurteilt, darunter die moderne Wissenschaftsgläubigkeit, den Kommunismus und wichtige Grundanliegen des Liberalismus, z.B. die Trennung von Kirche und Staat, das Recht der zivilen Eheschließung, der Ehescheidung, die Verweltlichung der Schule, die Unabhängigkeit der menschlichen Vernunft von den Glaubenslehren der Kirche. 1870 hatte das 1. Vatikanische Konzil das „Unfehlbarkeitsdogma“ des Papstes verkündet: der Papst sei unfehlbar, wenn er Kraft seines Amtes allgemeine Entscheidungen in Glaubens- und Sittenangelegenheiten verkünde.

Diese Neubesinnung der Kirche löste in Frankreich, aber auch in Deutschland heftige Diskussionen aus. Die Verfechter des liberalen Staates fühlten sich herausgefordert, sie sahen die kulturelle Freiheit durch die Kirche bedroht. In Deutschland spaltete sich eine Gruppe von Theologieprofessoren, Religionslehrern und Geistlichen ab, die das Unfehlbarkeitsdogma ablehnten, und gründeten eine „altkatholische“ Kirche. Als der Papst diese Altkatholiken exkommunizierte und ihre Entfernung aus den Ämtern verlangte, betrachtete dies die preußische Regierung als einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte. Die Altkatholiken wurden von den Liberalen unterstützt, die eine von Rom losgelöste deutsche Nationalkirche erstrebten. Der linke Flügel der Liberalen bekämpfte den christlichen Glauben überhaupt, weil er nach ihrer Auffassung den Erkenntnissen der modernen Naturwissenschaften widerspreche und weil der Einfluss der Kirche in der Gesellschaft den kulturellen Fortschritt hemme. So prägte der linksliberale Medizinprofessor VIRCHOW das Wort vom „Kulturkampf“. Bismarck entschloss sich, diesen Konflikt zu einer neuen Abgrenzung von Staat und Kirche zu benutzen und wurde dabei von den liberalen Parteien unterstützt.

Den Anstoß zur Eröffnung des Kampfes gab für ihn das Auftreten einer neuen Partei, des **Zentrums**.<sup>1</sup> Im Winter 1870/71 hatte sich im

#### **BISMARCK im Herrenhaus, 10. März 1873:**

„Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, [sondern] um den uralten Machtstreit [...] zwischen Königtum und Priestertum.“

preußischen Abgeordnetenhaus und bald darauf auch im Reichstag eine katholische Fraktion gebildet, die sich wegen ihrer Mittelstellung zwischen Liberalen und Konservativen „Zentrum“ nannte. Die Partei suchte im überwiegend protestantischen Preußen und im Reich die Interessen der katholischen Bevölkerung zu vertreten. Ihr schlossen sich auch andere Bevölkerungsgruppen, die mit dem neuen Reich unzufrieden waren, an. Ihre Anhänger fand die neue Partei in allen Schichten der katholischen Bevölkerung, im Adel, im Bürgertum und in der katholischen Arbeiterschaft. Sie brachte sofort 63 Abgeordnete in den Reichstag. Die raschen Erfolge der Partei sowie ihre Anziehungskraft auf „Reichsgegner“ weckten bei BISMARCK Befürchtungen: Er sah innenpolitisch im Zentrum ein Sammelbecken aller Unzufriedenen; außenpolitisch befürchtete er ein Bündnis der katholischen Mächte in Europa (Frankreich - Österreich - Italien) gegen das überwiegend protestantische, preußische deutsche Reich. So eröffnete er den Kampf gegen das Zentrum.

Die staatlichen Maßnahmen (**Kulturkampfgesetze**) begannen 1871/72. Durch das Schulaufsichtsgesetz traten an die Stelle der kirchlichen Schulaufsicht staatliche Schulaufsichtsbeamte. Der so genannte „Kanzelparagraph“ im Strafgesetzbuch bedrohte jeden Geistlichen mit Gefängnis, der im Amt staatliche Angelegenheiten „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ behandelte. Der Jesuitenorden wurde verboten. Zudem wurde das gesamte kirchliche Leben staatlichen Regelungen unterworfen (Vorschriften für die Ausbildung der Geistlichen, Einspruchsrecht des Staates bei der kirchlichen Stellenbesetzung, Errichtung eines staatlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten). 1874/75 wurde durch Gesetz die Staatliche Zivilehe (Standesämter) in Preußen und im Reich eingeführt. Widerstrebende Geistliche konnten seit 1874 ausgewiesen werden (Ausweisungsgesetz).

1875 verurteilte der Papst die Gesetze und drohte jedem, der sie befolgte, den Kirchenbann an. Darauf sperrte der preußische Staat der Kirche durch das sog. „Brotkorbgesetz“ die staatlichen Zuschüsse. Im „Klostergesetz“ wurden die Niederlassungen der meisten katholischen Orden in Preußen aufgehoben. 1876 waren in Preußen alle katholischen Gemeinden ohne Seelsorger.

Aber die katholische Bevölkerung stand unerschütterlich zu ihrer Kirche. Allmählich wandten sich auch evangelische und konservative Kreise gegen BISMARCK, so dass er ihn 1879 abbrach und mit dem verhandlungsbereiten neuen Papst Leo XIII. - über die Köpfe der Zentrumspartei hinweg - einen Ausgleich herbeiführte. Von 1880 an wurden die meisten Maßnahmen zurückgenommen. Bestehen blieben nur die staatliche Schulaufsicht, die Zivilehe und der Kanzelparagraph.

Bismarcks Ziel, den kirchlichen Einfluss auf die Politik und das Bildungswesen auszuschalten, Staat und Kirche stärker voneinander zu trennen, wurde nicht erreicht. Aus politischen Gründen war aber Bismarck inzwischen auf eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum angewiesen. Denn mit der Sozialdemokratie war ihm eine zweite Oppositionspartei entstanden, gegen die er 1878 einen ähnlich erbitterten Kampf entfesselte. Ein Teil der Nationalliberalen machte Bismarcks Übergang von der Freihandels- zur Schutzzollpolitik nicht mit. Dagegen fand er bei den Konservativen und der Zentrumspartei für seine neue Wirtschaftspolitik Unterstützung.

Der Kulturkampf festigte und stärkte die Zentrumspartei: 1881 wählten 86% der katholischen Wählerschaft das Zentrum; 1871 hatte es 63 Sitze bei 0,7 Mio. Wählerstimmen, 1874 errang es 91 bei 1,4 Mio., 1881 100 bei 1,8 Mio. Stimmen. Die Partei war zwischen 1881 und 1912 mit je 90 bis 100 Sitzen stärkste Fraktion im Reichstag und seit 1881 die stärkste bürgerliche Partei.

Das eine innenpolitische  
'Schlachtfeld' BISMARCKs

Der 'Kulturkampf' gegen  
das ZENTRUM

<sup>1</sup> Das ZENTRUM wurde oft mit der Bezeichnung „ultramontan“ belegt; „ultramontan“ heißt jenseits der Berge, jenseits der Alpen – eine Anspielung auf ihre päpstliche Orientierung.